

## **Neufassung**

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 16.04.2013**

**„Finanzamtsaktion unter Polizeischutz“**

**(Anfrage in der Fragestunde der Fraktion der SPD)**

### **A. Problem**

Die Fraktion der SPD hat die im beiliegenden Entwurf der schriftlichen Antwort des Senats an die Bürgerschaft zitierte Anfrage in der Fragestunde an den Senat gerichtet.

### **B. Lösung**

Die Senatorin für Finanzen schlägt die Beantwortung entsprechend des beigefügten Antwortentwurfes vor.

### **C. Alternativen**

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

### **D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder geschlechterspezifischen Auswirkungen.

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Abstimmung mit SIS und SSKJF ist erfolgt.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Die Vorlage ist zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

**G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 15. April 2013 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

## Antwort des Senats

auf die Anfrage in der Fragestunde der SPD „Finanzamtsaktion unter Polizeischutz“.

Die Fraktion der SPD hat folgende Anfrage an den Senat gerichtet:

1. *Wie passt die konzertierte Aktion des Finanzamtes gegen mehrere BewohnerInnen der George-Albrecht-Straße mit massiven Polizeipräsenz vorzugehen zur Strategie der senatorischen Arbeitsgruppe, das Quartier um die George-Albrecht-Straße zu stabilisieren (Beschluss der Bürgerschaft Stadt vom 11.12.2012)?*
  2. *Wie kam es dazu, dass die Aktion unter Begleitung von Medienvertretern stattfand, die dabei fotografierten?*
  3. *Inwiefern hält der Senat die Begleitung der Aktion durch 30 Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei für verhältnismäßig?*
- 1. Wie passt die konzertierte Aktion des Finanzamtes gegen mehrere BewohnerInnen der George-Albrecht-Straße mit massiven Polizeipräsenz vorzugehen zur Strategie der senatorischen Arbeitsgruppe, das Quartier um die George-Albrecht-Straße zu stabilisieren (Beschluss der Bürgerschaft Stadt vom 11.12.2012)?**

Mit der Maßnahme des Finanzamts wurde dessen gesetzlicher Auftrag zur Vollstreckung von öffentlich-rechtlichen Forderungen umgesetzt. Zahlreiche Forderungen wurden von Schuldnern vor Ort beglichen. Der Einsatz der Polizei beschränkte sich darauf, die Finanzbeamten in die Häuser zu begleiten und deren ungestörte Arbeit zu ermöglichen. Dass die Medienberichterstattung u.U. bestehende Vorurteile über die Bewohnerinnen und Bewohner der George-Albrecht-Straße verstärkt hat, ist bedauerlich. Die Aktion steht in keinem Zusammenhang mit dem Auftrag der Bremischen Bürgerschaft an den Senat, eine vernetzte Quartiersentwicklung für die George-Albrecht-Straße zu entwickeln.

**2. *Wie kam es dazu, dass die Aktion unter Begleitung von Medienvertretern stattfand, die dabei fotografierten?***

Anlässlich der Maßnahme wurden vor Ort ein Fernsehteam von Stern TV sowie ein Redakteur der Zeitung „Die Norddeutsche“ mit Fotografen angetroffen. Weshalb sich Medienvertreter zu diesem Zeitpunkt in der Straße aufhielten, ist nicht bekannt. Das Fernsehteam von Stern TV gab an, in Blumenthal gerade einen Bericht über Armut in Deutschland zu erstellen. Eine Vorankündigung der Maßnahme an die Medien erfolgte nicht; die Vorbereitung erfolgte vielmehr streng vertraulich.

**3. *Inwiefern hält der Senat die Begleitung der Aktion durch 30 Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei für verhältnismäßig?***

Zum Schutz der Vollziehungsbeamten wurden 10 Beamte der Bereitschaftspolizei eingesetzt, weitere fünf befanden sich als Reserve auf einem nahegelegenen Parkplatz. Ferner waren wenige Kräfte des Polizeireviers zur begleitenden Kommunikation mit Betroffenen und Anwohnern vor Ort. Für eventuelle künftige Anlässe wird das Einsatzkonzept ausgewertet und der jeweiligen Lage angepasst.